Das „Hamburger Echo" erscheint täglich einmal, außer den 2. Feiertagen.
Bezugspreis: für d. Zeit vom 20. Okt. bis 26. Okt. 1,800 Mill. Mark, am 20. Oktbr. zahlbar, frei ins Haus.
Für Abholer 1,750 Mill. Mk. Preise freibleibend.
Auch durch d. Post zu beziehen.
Redaktion: Fehlandstraße 11, erster Stock.
Verantwortlicher Redakteur: Paul Bugdahn, Altona.
Expedition: Fehlandstraße 11, Erdgeschoß.
Buchhandlung: Erdgeschoß.
Buchdruckerei-Kontor: Fehlandstraße 11, erster Stock.

Bezugspreis vom 20. bis 26. Okt. 1 Milliarde 800 Millionen Mark.
Zahlbar am 20. Oktober.

Einzelpreis 260 Millionen Mark.

Hamburger Echo

Anzeigen die 13gespalt. Petitzeile 150 Mill. Mk., unt. Ausschluß der „Gesch. Rundschau". Priv.-Familien-Anz. 25 Mill., Stellenangebote 75 Mill. Mk. Stellengesuche 30 Mill. Mk., kleine Anzeigen bis 9 Zeilen die Zeile 50 Mill. Mk., von 10 bis 15 Zeil. 75 Mill. Mk. Reklamezeile 600 Mill. Mk. Anzeigen müssen im voraus oder sofort bezahlt werden. Anzeigen-Annahme Fehlandstraße Nr. 11 im Erdgeschoß (bis 7 Uhr abends für den folgenden Tag) in den Filialen (bis 5 Uhr) und in allen Annoncen-Bureaus. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Nr. 291. Sonntag, den 21. Oktober 1923. 37. Jahrgang.

Trauerspiel in Deutschland.

Im Felsenverlag zu Buchenbach in Baden erschien kürzlich ein utopischer Roman (Ladokas Malstrom, von Richard Baerwald), darin der Verfasser ein höchst einfaches Rezept zur Befriedung des Kontinents und zur Ordnung der Weltwirren angibt. Er läßt die Handlung auf dem Mars abspielen, wo in der Vorzeit die Staaten sich ebenso wild bekämpft hatten, wie auf der Erde im Weltkrieg. Garta war niedergerungen wie Deutschland, und seine Bevölkerung so zur Verzweiflung gelangt, daß der Gedanke auftauchte, ein Drittel der gesamten Bevölkerung solle auswandern, ein zweites Drittel sich umbringen, damit für den verbleibenden Rest die Lebensnotdurft verbleibe. Ladoka wird seinem Volk zum Retter; er schlägt eine Verschmelzung Gartas mit einem seiner Hauptgegner vor. Man versucht erst bei Agila (England) die Verschmelzungsverhandlungen, erlangt eine grundsätzliche Zusage, die aber in den Bedingungen wenig angenehm ist, tritt dann an Fria (Frankreich) heran und erzielt durch geschickte Ausnutzung der Gegensätze, die zwischen Fria und Agila sich auftun, tatsächlich den Vertragsabschluß. Garta und Fria vereinigen sich, es entsteht ein Bundesstaat mit gemeinsamer Armee, einheitlichem Zollgebiet und Ueberparlament. „Gleich einem Malstrom, der das Seewasser in seinen Schlund zieht, reißt Ladokas Vorschlag die Entwicklung an sich und führt zwangsläufig zum Erfolg."

Die Vernunft hat gesiegt, weil Tatkraft und einheitlicher Wille dahinter steht. Nun könnte man freilich fragen, ob ein solches Ziel nicht utopisch bleiben muß, solange die Gegensätze der imperialistischen Wirtschaft bestehen; Frias Imperialisten werden das unterwofene Garta nicht als einen Gleichen aufnehmen, sondern das Land als Kolonie behandeln wollen. Aber trotzdem kann die Vernunft wegweisend sein, und wenn unser politischer Wille durch einen utopischen Staatsroman herausgefordert würde, so wäre das gewiß zu begrüßen. Aber vorher müßten wir doch im eigenen Hause die Ordnung schaffen, die wir der Welt schenken möchten. Solange Deutschland das Bild einer in sich hadernden Familie bietet, in der der Bruder den Bruder zu Fall bringen möchte, solange wird schwerlich ein Staatsmann im Ausland unsern Werbungen um Völkervereinigung das Ohr leihen. Ist nicht was jetzt in Deutschland vorgeht geradezu der Beweis politischer Unfruchtbarkeit der Deutschen? Kein Volk könnte so wie unseres aus seiner Geschichte die Mahnung entnehmen, daß innerer Hader ohnmächtig macht und Reich und Volk dem Feind als Spielball ausliefert. Aber die Mahnung wird nicht gehört. Im November 1918 war den Deutschen die herrlichste Gelegenheit geboten, endlich mit den Erzeugnissen dynastischer Willkür, die die buntscheckige Landkarte Deutschlands zeigt, aufzuräumen und das Reich einheitlich aufzubauen. Der Pflege der sogenannten Stammeseigentümlichkeiten hätte ja ein weitgehendes Selbstverwaltungsrecht der Landschaften Genüge leisten können. Aber wir behielten alte Willkür und erleben nun wie zu den Tagen Ludwigs XIV., daß von innen in den Reichsbau Bresche gebrochen wird, auf daß ja der Feind um so leichter alles überfluten könne.

Unsere Großeltern erquickten sich einst an Immermanns dramatischer Dichtung „Trauerspiel in Tirol"; es handelt von Kampf und Niederlage eines Volksstammes und weckt mit künstlerischen Mitteln die Teilnahme, so daß der einzelne sich mitverbunden fühlt; daran mag sich wahrer Patriotismus stärken. Wir Deutschen stehen leidend in einem umfassenderen Trauerspiel, aber wo bleibt die Läuterung der Gemüter und wo bildet sich der Entschluß zu einheitlichem Handeln? Allgemeine Zerfahrenheit ist das Kennzeichen unserer Tage! Die Kraft des Reiches manifestiert sich schier nur noch in seiner bewaffneten Macht, wenn sie sich gegen Teile des Volkes wendet, aber auch da haben ja die letzten Tage die Ohnmacht des Reiches erwiesen. Soweit sind die Dinge gediehen, daß viele schon für heute erwarteten, Bayern werde sich vom Reiche lossagen und werde dabei das bayrische Kontingent der Wehrmacht und an dessen Spitze den Reichswehrgeneral gegen das Reich wenden. Als man am Sonnabend vormittag von Reichswehrtransporten hörte, die nach Sachsen gingen, begann ein Raten, ob diese Truppen dem Schutze des Reiches gegen Bayern dienen, oder ob sie „Sowjetsachsen" zu Paaren treiben sollen. Das Rätsel ist nun gelöst, der unten folgende Brief des Generals Müller an den Ministerpräsidenten Zeigner macht klar, welche Aufgabe den Reichswehrtruppen gestellt ist. Wir glauben nicht, daß die Waffen viel Blutarbeit leisten werden, denn die Nachrichten bürgerlicher Blätter über angebliche ungeheuerliche Ordnungsstörungen in Sachsen sind (wir beziehen uns auf das Zeugnis des Leipziger Korrespondenten der „Vossischen Zeitung", das wir am Freitag wiedergaben) stark übertrieben; es passiert dort nichts Schlimmeres, als was in hochindustriellen Gebieten in dieser Not- und Hungerzeit notwendig passieren muß. Die sächsischen Arbeiter werden auch ihren Willen zur Behauptung der republikanischen Einheit in einer Weise geltend zu machen wissen, daß kein Säbelheld dabei Lorbeeren gewinnen kann. Aber sind diese ganzen Vorgänge nicht ein Trauerspiel?

Dasselbe Trauerspiel bietet freilich die ganze deutsche Politik, und daran trägt der Mangel an Entschlußkraft die Hauptschuld. Hätten die deutschen Volksmassen beizeiten einen einheitlichen Willen aufgebracht und die Sachwertbesitzer zu Leistungen genötigt, dann war die Besetzung des Ruhrreviers, dann war all das Traurige, was jetzt über uns kommt, vermeidbar. Werden wir wenigstens nun die Kraft zum Entschluß finden, werden wir lernen, uns auf eine einheitliche Linie einzustellen? Wieder wie in den Jahren nach dem Kriege schaut Deutschland nach einer Hilfe von außen sich um, Stresemann hat Amerika und die europäischen Mächte angerufen. Aber wird eine andere Antwort kommen als jene: Deutschland muß zunächst die Reparationen wieder in Fluß bringen! Deutschland steht jetzt unter einer legalen Diktatur; die Verfassungsbestimmung, die das Eigentum sichert, ist mit andern Klauseln suspendiert; sollte da das Reich nicht kraft diktatorischer Gewalt sich in den Besitz von Vermögensteilen setzen können, die einstweilen die Wiederaufnahme der Reparationsleistungen möglich machen? Und gibt es nicht im Reiche noch Schätze aller Art, die die öffentliche Gewalt erfassen und zur Abwehr des Hungers verwenden könnte? Und wenn die Grubenherren nicht gewillt sind, den Naturreichtum, der in den Bergwerken steckt, zur Errettung des Volkes vor schlimmerer Not dienstbar zu machen, muß dann nicht das Reich zupacken und die Dinge auf andere Weise regeln? In der größten Not kann nichts näherliegen, als daß das Reich private Besitztitel für verfallen erklärt und daß es den Privatbesitz so verwendet, daß wir über die schlimmste Not hinwegkommen.

Hier muß Tatkraft einsetzen! Erst müssen wir zeigen, daß wir eines großen Entschlusses fähig sind, dann wird sich das Blatt wenden!

Eingreifen der Reichswehr in Sachsen.

Der General an den Ministerpräsidenten.

WTB. Dresden, 20. Oktober. Das Wehrkreiskommando teilt mit:

Nachstehendes Schreiben wurde heute nachmittag 1½ Uhr dem Ministerpräsidenten Zeigner überreicht:

Sehr verehrter Herr Ministerpräsident!

Entsprechend der Darlegung in meinem Briefe 1 c 3574/23 vom 18. Oktober stellte ich im Hinblick auf die Erklärungen des Herrn Ministerpräsidenten im Landtage die Entschließung über weitere Maßnahmen dem Herrn Reichswehrminister anheim. Die Reichsregierung hat sich schlüssig gemacht. Ich bin beauftragt, im Freistaate Sachsen mit den mir zur Verfügung stehenden und zur Verstärkung zur Verfügung gestellten Machtmitteln

verfassungsmäßige, geordnete Verhältnisse wieder herzustellen und aufrechtzuerhalten.

Ihnen hiervon gebührend Kenntnis zu geben, will ich nicht verfehlen. Die Gründe für das Eingreifen der Reichswehr werden vor diesem der Bevölkerung bekanntgegeben werden.

Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß die von der Reichsregierung im Interesse des Gesamtwohles für nötig erachteten Maßnahmen die volle Billigung und tatkräftige Förderung der Regierung des Gliedstaates Sachsen finden werden. Insbesondere vertraue ich darauf, daß es Ihnen, Herr Ministerpräsident, gelingt, **die bei den kommunistischen Mitgliedern der Regierung offensichtlich vorhandenen Bestrebungen, die sich gegen die Grundlagen der Reichsverfassung zu wenden drohen, in die richtigen Schranken zu Reichsverfassung zu wenden drohen, in den richtigen Schranken zu halten.** Nur so wird die überaus schwierige Aufgabe zu lösen sein, die schwer erschütterten Zustände im Freistaate Sachsen verfassungsmäßig wieder herzustellen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

gez. Müller, Generalleutnant.

*

Aufruf an die sächsische Bevölkerung.

„Seit Wochen gestalten sich die wirtschaftlichen und Ernährungsverhältnisse im Freistaat Sachsen täglich schwieriger und bedrohlicher als sonst im Reiche. Weshalb? Unter Drohungen mit Gewalttätigkeiten erfolgen Eingriffe in die Gütererzeugung und die Bewirtschaftung der Lebensmittel. Die Tätlichkeiten richten sich in gleicher Weise gegen die Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Arbeitswillige werden aus den Werkstätten herausgeholt und von ihren Arbeitsstellen ferngehalten. Von den Arbeitgebern werden Geldsummen erpreßt, die sie nicht mehr bezahlen können. Die Hergabe von Lebensmitteln wird in gleicher Weise erzwungen. Hierdurch muß sich

Die Volksnot ins Unerträgliche steigern.

Die Wirtschaftskreise außerhalb Sachsens haben zum Freistaat Sachsen das Vertrauen verloren. Das zeigt sich in der Ablehnung der Anknüpfung und Abwicklung von Geschäftsbeziehungen. Der auswärtige Kaufmann und Landwirt scheut sich, Lebensmittel zu liefern, der sächsische Kaufmann, sie zu beziehen, aus Furcht, sie könnten durch eigenmächtiges und gewalttätiges Eingreifen in die Verteilung einem ordnungsgemäßen Geschäftsbetrieb entzogen werden.

Dieses wirtschaftliche Chaos ist gewollt.

Von wem? Von denen, die aus Eigennutz das schwergeprüfte Volk nicht zur Ruhe kommen lassen wollen, die in den durch die Not zur Verzweiflung Getriebenen gefügige Werkzeuge ihrer dunklen Pläne zu finden hoffen. Welches sind diese Pläne? Die Beseitigung der verfassungsmäßigen Gleichheit aller Volksgenossen vor dem Gesetz und die

gewaltsame Aufrichtung der Vorherrschaft einer Klasse.

Diese Ziele sind verschleiert mit wirren Worten ausgesprochen worden. Ein kommunistisches Mitglied der sächsischen Regierung hat unter dem Schutz der Immunität diese Bestrebungen nicht nur gutgeheißen, sondern öffentlich sich zu ihnen bekannt und zu ihrer Durchführung aufgefordert. Ein solches Verhalten ist

Hochverrat gegenüber dem Reiche.

Es erweckt im Lande den irrigen Glauben, als stände die sächsische Regierung hinter den Aufrührern. Ihrer verantwortungsvollen Aufgabe gegenüber dem Volke wohl bewußt, hat sich die Reichsregierung entschlossen, durch Einsatz von Truppen Ordnung zu schaffen.

Ich bin mit der Durchführung der erwähnten Maßnahmen beauftragt. Sie richten sich nicht gegen das werktätige Volk, sie richten sich gegen die, die das Volk durch Drohungen und Gewalt an der freien Betätigung seines Arbeitswillens hindern. Sie richten sich gegen die, die mit Waffengewalt unter dem lügnerischen Vorgeben, die Errungenschaften der republikanischen Verfassung zu schützen, die Vorherrschaft einer Klasse erkämpfen wollen und damit

die Grundlagen der demokratischen Republik zerstören.

Wer sich der Durchführung der für nötig erachteten Maßnahmen mit Waffengewalt entgegenstellt, wer mit Waffen plündert und so die Grundlagen unserer Ernährung untergräbt,

läuft Gefahr, erschossen zu werden.

Ich vertraue auf die Mitwirkung aller verfassungstreuen und besonnenen Kreise der Bevölkerung. Sie in jeder Beziehung zu schützen und die Schwierigkeiten der Ernährung zu beheben mit allen mir zu Gebote stehenden Mitteln, soll meine vornehmste Aufgabe sein. Die Truppen bringen eigene Verpflegung mit, werden also hinsichtlich dieser der Bevölkerung in keiner Weise zur Last fallen. Die notwendigen Maßnahmen werden die mit der militärischen Leitung an Ort und Stelle beauftragten Befehlshaber in meinem Auftrage erlassen und durchführen.

Der Wehrkreiskommandeur. Müller, Generalleutnant.

*

Dieser Aufruf ist von dem gleichen Kaliber wie der Brief mit dem Ultimatum an Zeigner. Er wird nicht beruhigend, sondern aufreizend wirken. Wahr ist darin, daß die Not unerträglich, wahr auch, daß bestimmte Kreise das Chaos wollen. Wie der obige Brief zeigt, macht der General die Kommunisten verantwortlich. Sicher fällt auf sie ein Teil Verantwortung, aber ebenso gewiß ist, daß die von kapitalistischer Seite unausgesetzt betriebene Hetze ihre Früchte trägt. Halten wir fest, daß nach bürgerlichem Urteil die öffentliche Ordnung in Sachsen nicht mehr bedroht ist als anderwärts auch!

Hat die Reichsregierung das Konzept des Aufrufs durchgesehen? Dann würde bewiesen das, daß der Geist eines Gouverneurs besetzten Gebietes in ihr lebt.

Wiederaufnahme der Reparationslieferungen?

SPD. Berlin, 20. Oktober. (Drahtbericht.)

In der Erkenntnis, daß uns die Einstellung der Reparationsleistungen politisch und wirtschaftlich keinen Nutzen bringt, hat der Bergbauliche Verein an den Reichskanzler eine Eingabe gemacht, die sich mit den Möglichkeiten zur Wiederaufnahme der Sachlieferungen unter Berücksichtigung der traurigen Finanzlage des Reiches beschäftigt. Der Bergbauliche Verein schlägt in dem an den Reichskanzler gerichteten Schreiben vor, die Kohlen- und Kokslieferungen bis zum 1. Oktober 1924 vornehmen zu wollen, wenn das Reich die von der Zechenindustrie aufzubringende Steuerleistung als Entgelt in Rechnung stelle. Das Reichskabinett hat sich am Sonnabend mit diesem Vorschlag beschäftigt und ist im Prinzip mit demselben einverstanden.

Nochmalige Aufbesserung für Beamte und Staatsarbeiter.

SPD. Berlin, 20. Oktober. (Drahtbericht.)

Die Spitzenverbände sind, gezwungen durch die katastrophale Preisentwicklung, am Sonnabend nachmittag erneut im Reichsfinanzministerium vorstellig geworden, um eine Erhöhung der Bezüge, die als Zahlung für Montag und Dienstag vorgesehen war, zu erwirken. Die Gewerkschaften forderten eine Verdoppelung der zur Auszahlung vorgesehenen Summe. Die Regierung erklärte sich bereit, den Beamten die am Montag zur Auszahlung kommenden Bezüge um 55 % zu erhöhen. Dieser Betrag soll möglichst am Dienstag gezahlt werden. — Die Arbeiter sollen zu den Bezügen, deren Auszahlung für Dienstag geplant war, nochmals die Summe erhalten, die am Sonnabend zur Auszahlung gelangt ist. Die Donnerstagszahlung erfolgt in der vereinbarten Höhe.

Gehaltsabstriche. Das Reich kürzt mit ganz wenigen Ausnahmen die Gehälter des Gesandtschaftspersonals in der ganzen Welt um durchschnittlich 10 %, zum Teil auch mehr. Die Gehälter der Gesandten wurden um 12, die der Botschafter um 15 % gekürzt.

Die nächste Plenarsitzung des Reichstages findet voraussichtlich am Freitag, 26. Oktober, statt.

Bayerns Losreißung vom Reich.

SPD. Berlin, 20. Oktober. (Drahtbericht.)

Die bayrische Regierung hat das Kabinett wissen lassen, daß ihre Zustimmung zu der erfolgten Abberufung des Generals v. Lossow zu einem bewaffneten Aufstand verschiedener Bevölkerungskreise, insbesondere dann führen würde, wenn vom Reiche aus die Durchführung der Absetzung mit bestimmten wirtschaftlichen und politischen Maßnahmen erstrebt werden sollte. Sowohl am Sonnabend vormittag wie am Nachmittag hat das bayrische Kabinett über die Haltung der Reichsregierung beraten. Der erneut vom Kanzler erstrebte Vermittlungsversuch ist als gescheitert zu betrachten. Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, der persönlich den Auftrag zu einer Vermittlung hatte und am Freitag abend nach München gereist ist, dürfte am Sonntag vormittag in Berlin wieder eintreffen. Nach Mitteilung von amtlicher bayrischer Seite wird der Generalstaatskommissar v. Kahr im Zusammenhang mit der Abberufung v. Lossows durchgreifende Maßnahmen jetzt durchführen.

*

WTB. München, 20. Oktober. (Sonderdepesche.)

Die bayrische Staatsregierung hat heute abend einen Aufruf erlassen, in dem mitgeteilt wird, daß sie im Interesse der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Ruhe in Bayern und zur Wahrung der bayrischen Belange bis zur Wiederherstellung des Einvernehmens zwischen Bayern und dem Reich den bayrischen Teil der Reichswehr ihrerseits als Treuhänderin des deutschen Volkes in Pflicht genommen, den General von Lossow als bayrischen Landeskommandanten eingesetzt und mit der Weiterführung der bayrischen Division beauftragt hat.

*

Diesem vollendeten Hochverrat ging voraus, was die folgende Berliner Wolff-Meldung beschreibt:

Der Reichswehrminister enthob den Generalleutnant von Lossow vom Dienst und leitete die Verabschiedung ein. Mit der vorläufigen Führung der 7. Division des Reichsheeres wurde der nächstälteste bayrische Offizier, Generalmajor Freiherr Kreß von Kressenstein, beauftragt. Der Reichspräsident forderte die bayerische Regierung auf, ihm Vorschläge für die Besetzung der Stelle des bayrischen Landeskommandanten gemäß Wehrgesetz zu machen. Diese Maßnahmen wurden notwendig, da Lossow sich ausdrücklich geweigert hat, einen ihm gegebenen Befehl auszuführen, und es abgelehnt hat, aus dieser Haltung selbst die Konsequenzen zu ziehen.

Roßbachs Kampfparole.

SPD. München, 20. Oktober. (Drahtbericht.)

Das Auftreten Roßbachs in München gestaltete sich zu einer internen Feier der Hakenkreuzler. Der große Andrang zu dem Saal des Löwenbräukellers, der mit Dutzenden von Hakenkreuzfahnen und deutschen Kriegsflaggen geschmückt war, machte eine polizeiliche Sperrung notwendig. Unter den Gästen befanden sich der zu Hitler hinübergewechselte deutschnationale Abgeordnete Dr. Roth, ferner sein Freund Pöhner und der Vorsitzende der vaterländischen Verbände, Professor Bauer. Da die Republikgesetze in Bayern außer Geltung sind, sah man auch, frisch von seinem Tiroler Exil zurückgekehrt, den vom Staatsgerichtshof verfolgten Redakteur des „Völkischen Beobachters", Dietrich Eckardt. Der Abend nahm einen ziemlich militärischen Verlauf. Roßbach richtete eine kurze Mahnung an seine Leute, bereit zu sein bis zur letzten Konsequenz des Kampfes, zum Sterbenkönnen und Sterbenwollen. Die Zeit schreie nach einem York, der heute nur aus Bayern kommen könne. Zum Schlusse forderte er das Gelöbnis unverbrüchlicher Treue zum Führer Hitler. Dieser betonte in seiner Ansprache: „Wir sind nicht national. Wir sind Nationalisten und zugleich Sozialisten. Ein freies Volk in einem freien Staat, das ist unser Ziel. Das Verbrechen vom November 1918 muß wieder gutgemacht und Deutschland mit Blut und Eisen reingefegt werden. Dieser Tag ist nicht mehr fern. Dann wird der deutsche Kampfbund zur deutschen Armee werden und die Hakenkreuzbewegung aus der Parteigeschichte des deutschen Volkes eintreten in die Weltgeschichte Europas." Mit einem Vorbeimarsch an Hitler vor dem Löwenbräu schloß die Feier.

Aufgehobene Zeitungsverbote. Wolffs Bureau meldet: Dem „Völkischen Beobachter" und der „Roten Fahne" ist auf Grund gewisser Zusicherungen ihrer Hauptschriftleiter dem Reichswehrminister gegenüber das Wiedererscheinen gestattet worden.

Neue Hungerkrawalle. Am Sonnabend vormittag plünderte ein Trupp Arbeitsloser in Tempelhof bei Berlin den Brotwagen einer Straßenhändlerin. In der Blumenstraße wurden von einer dreihundertköpfigen Menge 8 Zentner Kartoffeln und die Kasse mit 17 Milliarden Mark Inhalt entwendet. Die Menge war darüber erregt, daß die Frau während des Verkaufes den Preis für ein Pfund Kartoffeln um 10 Millionen Mark erhöhte. — In Charlottenburg wurden die Unterstützungssätze für Erwerbslose verdreifacht; es wurde auch sofort mit den Auszahlungen begonnen. Die Erwerbslosen zeigten sich aber wiederum nicht einverstanden und wollten erneut vorstellig werden. — In Magdeburg erzwangen Menschenmengen die vorläufige Herabsetzung des Brotpreises von 1320 Millionen auf den alten Satz von 715 Millionen Mark. Auf dem Fleischmarkte wurden verschiedene Verkaufsstände umgeworfen, wobei sich die Demonstranten Fleisch ohne Bezahlung aneigneten. Die Schupo säuberte den Markt und die umliegenden Straßen. Die Händler räumten fluchtartig ihre Stände.

Für unsere Frauen

Hüt Milliardär,
de Taschen vull Geld —
un doch as Pracher
loopt wi dör de Welt.

Nits in de Knaken,
un niks överm Liew;
so loopt wi all Jahrn,
warn old un warn stief.

Un min Gedanken
de loopt in de Wid:
Geev dat denn würklich
mal beetere Tid?

Kann 't kum so mehr faten,
weet kum noch, wa't wär,
mennigmal awers
denn dröm ik bun ehr.

De Not, de kummt lis
na di un na mi — — —
Wi sünd Milliardär
un hungert darbi.

H. Lindhorst.

Die Frau im Auslande.

Jubiläumstagung des Deutschen Fröbel-Verbandes.

Trotz aller Verkehrsschwierigkeiten und sonstigen Hemmnisse hat in Frankfurt a. M. die 21. Hauptversammlung des Deutschen Fröbel-Verbandes unter großer Beteiligung der interessierten Kreise stattgefunden. Nicht nur aus Frankfurt a. M. und anderen Städten der Umgebung, aus Darmstadt, Mainz, Kreuznach, sondern auch aus Nord-, Süd- und Mitteldeutschland, sowie aus Oesterreich, Finnland, Schweden und Dänemark waren Mitglieder und Gäste gekommen, um das 50jährige Bestehen des Verbandes zu feiern und die Hauptgesichtspunkte für die künftige Arbeit zu beraten.

Leitgedanke der Tagung war: Die Frau als Erzieherin im Sinne Fröbels. Professor Spranger sprach über die neuen Strömungen in der Frauen- und Jugendbewegung. Ueber „Die Kulturaufgaben der Frau in der Familie" sprach Frau Dr. Maier-Kulenkampff-Halle, die Wege suchte, eine geistige Erneuerung, Verinnerlichung und Selbstbesinnung mit Hilfe der Mütter herbeizuführen. Ueber „Aufgaben der Frau in der Schule und den Berufsbildungsstätten" referierten Dr. Annerose Fröhlich-Dresden, Hilde v. Gierke, Oberschulrat Dr. Anna Siemsen-Berlin und Luise Besser-Charlottenburg. Daran schloß sich ein höchst anregender Bericht aus der pädagogischen Arbeit des Wiener Settlements von Hella Löhr und ein Vortrag von Dr. W. Polligkei-Frankfurt a. Main über „Die Bedeutung des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes für das Kindergarten- und Hortwesen." — In der Aussprache wurde dem Wunsche Ausdruck gegeben, daß die Erziehung unserer Jugend, insbesondere die Schulung der jungen weiblichen Generation für ihre künftigen Mutterpflichten mehr Beachtung und Förderung, sowie Unterstützung aus Volkssammlungen und Spenden finden möge.

Den Abschluß der Tagung bildete ein Vortrag von Gertrud Bäumer über den „Einfluß der Frau in der Oeffentlichkeit". Wenn die Frauenbewegung mit der politischen und wirtschaftlichen Gleichberechtigung der Frau ihr äußeres Ziel heute erreicht habe, so bleibt ihr „Sinn" noch zu erfüllen: Die Durchdringung unserer Kultur mit der den Frauen eigentümlichen Wesenskraft. So knüpfte Gertrud Bäumer an die von Prof. Spranger aufgerollten Fragen an und faßte den Inhalt der Tagung zusammen in dem Wunsche:

Möge es der Frau gelingen, allmählich an Stelle des zurzeit herrschenden, von Machtinstinkten geleiteten, politischen und ökonomischen Menschen den sozialen Menschen, an Stelle des gegenseitigen Vernichtungskampfes der Parteien gemeinsames Wirken zum Wohle unseres Volkes treten zu lassen.

In England haben die Frauen während des Weltkrieges mit Erfolg Polizeidienste verrichtet. Aus Sparsamkeitsgründen sollten dann die Frauenpatrouillen wieder abgebaut werden. Dem haben sich aber die Frauenorganisationen widersetzt und die weibliche Polizei ist denn auch nur teilweise, nicht vollständig, wie vorgesehen, abgebaut worden. Ueber die Aufgabe und den Ausbau der Frauenpolizei wird aus England berichtet und werden nachstehende Forderungen gestellt. Gegen und für die Verwendung von Frauen zu Straßenpatrouillen ist viel geredet und geschrieben worden, aber viel wichtiger ist die Anstellung von Frauen als taugliche, beeidigte Polizisten bei Ausübung aller Pflichten gegenüber den Geschlechtsgenossinnen, damit diese während der ganzen Dauer ihrer Haft nicht mit männlichen Polizisten in Berührung kommen. Die Verwendung von Frauen in der Polizei hat nur einen Sinn, wenn folgende Obliegenheiten ihnen zukommen: 1. Die Obhut und Aufsicht über die Frauen während der Dauer ihrer polizeilichen Haft (Verhaftung, Wartung, Durchsuchung). 2. Abnahme der Zeugenaussagen von Frauen und Kindern. 3. Reisen mit weiblichen und jugendlichen Angeklagten, Geleitgebung ins Gefängnis, Rettungsanstalten und andere Orte der Haft. 4. Heikle Untersuchungen in Fällen wie Geheimhaltung von Geburten, Fruchtabtreibung und Todesfall oder Selbstmord in deren Gefolge. 5. Patrouillieren in Anlagen, Gärten, auf öffentlichen Plätzen, vor Schulhäusern, Kasernen, in Docks usw. zum Schutz der Kinder, Frauen und Mädchen. 6. Vereitelung von Selbstmordversuchen während des Aufenthalts im Spital. Zu allem Obigen kommen weitere Obliegenheiten, die für weibliche und männliche Polizisten gleich sind, wie zum Beispiel Absuchen übelbeleumdeter Häuser. Amerika hat ebenfalls bereits eine große Zahl Polizistinnen und Polizeibeamten. New York zählt deren 95, Chicago 65, im Staate Wiskonsin bestimmt ein Gesetz, daß jede Stadt weibliche Polizeibeamte haben muß. Sie beziehen das gleiche Gehalt wie ihre männlichen Kollegen, lehnen es aber ab, Uniformen zu tragen, weil sie der Ueberzeugung sind, daß sie so unauffälliger, aber erfolgreicher auf der Straße usw. eingreifen können.

Der französische Gouverneur der ehemaligen deutschen Kolonie Kamerun hat für die Eheschließung unter den Eingeborenen eine gesetzliche Neuordnung erlassen, die bestimmt ist, die Frauen gegen die bisherige Willkür zu schützen. Vor allem sind die Frühheiraten vollständig verboten. Das Mädchen darf nicht vor dem 15. und der Mann nicht vor dem 18. Jahr die Ehe eingehen. Die Dauer der Verlobungszeit wird gleichzeitig auf höchstens 6 Monate beschränkt. Für die Gültigkeit der Ehe ist die Zustimmung des Mädchens unbedingt Vorbedingung. Die Frage der Mitgift wird zwischen dem Bräutigam und der Familie der Braut vor der Ehe geordnet; ihr Höchstbetrag darf die Summe von 500 Francs nicht übersteigen. Diese Mitgift muß dem Oberhaupt der Familie der Braut in barem Geld oder in Waren bezahlt werden, in Gegenwart von Zeugen, von denen jede Partei zwei stellt. Den Zeugen steht auch das Recht zu, die geschlossene Ehe durch ein Protokoll zu bestätigen, das von dem Bezirksvorsteher beglaubigt wird. Auch die Ehescheidung wird dahin geregelt, daß sie der Mann nicht aus geringfügigen Gründen fordern kann. Man hofft durch die Festsetzung einer Grenze für die Heiratsfähigkeit sowohl das Individuum wie die Rasse vor Entartung zu schützen. Durch Beschränkung der Hochzeitsgeschenke auf den zehnten Teil des Betrages der Mitgift will man vor allem dem Uebel steuern, daß der zukünftige Ehemann von der Familie der Braut ausgebeutet wird. Ebenso soll die Beschränkung der Mitgift jungen Leuten mit bescheidenen Mitteln die Ehe ermöglichen, und dadurch der Vielweiberei steuern und die Stabilität der Familie befestigen.

Zusammenkünfte der Genossinnen.

Neustadt. Handarbeitsabend am Dienstag, 23. Oktober, 7½ Uhr, im Jugendheim, Gr. Theaterstr. 44, 4. Et.

St. Georg-Süd. Nächster Handarbeitsabend Dienstag, 23. Oktober, 7½ Uhr, bei Wolters, Sachsenstr. 31.

St. Pauli-Süd. Montag, 22. Oktober, 7½ Uhr, bei Fichte, Balduinstr. 16. Genossin Wagner spricht über: Männerstaat — Frauenstaat.

Eimsbüttel. Mittwoch, 24. Oktober, 7½ Uhr, im Singsaal der Realschule Weidenstieg. Jahresbericht und Neuwahl der Frauen-Distriktsleitung.

Eilbeck. Dienstag, 23. Oktober, bei der Genossin Röper, Wandsbekerchaussee 81, 4. Et., 8 Uhr, Frauenabend.